



PRESSEMITTEILUNG

6. Juli 2023

Symbolpolitik auf dem Rücken der Familien

Elterngeld, Kindergrundsicherung – Familienpolitik darf nicht das Sparschwein der Nation sein.

Leipzig. Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen – eaf Sachsen e.V. – kritisiert die im Bundeshaushalt 2024 vorgesehene Senkung der Einkommensgrenze für den Bezug von Elterngeld scharf.

Prof. Nina Weimann-Sandig, stellvertretende Vorsitzende der eaf Sachsen, dazu: „Auf dem Rücken der Familien wird eine Stellvertreterdebatte geführt, die bei Familien so ankommt: Politische Entscheidungsträger*innen interessieren sich mehr für Standortansiedlungen von Großkonzernen als die Unterstützung und Stärkung von Familien.“

Elterngeld sei eine Lohnersatzleistung, so die Soziologin weiter, die ein wichtiges Instrument in der Gleichstellungspolitik darstelle. Aktuell könnten Mütter mit einer entsprechenden Höhe des letzten Einkommens Elternzeit nehmen und die Anreize für Väter, ebenfalls Elternzeit zu nehmen, seien ebenfalls gesetzt.

„Die aktuelle Klassenkampfrhetorik über Jahreseinkommen von Paaren hilft niemandem. Frauen, die sich in der Familiengründungsphase befinden und sich beruflich etabliert haben, werden in Rollenbilder gedrängt, die der Vergangenheit angehören sollten.“

Das Elterngeld motiviert auch Väter, länger zu Hause bleiben, und Frauen, schneller wieder in den Beruf einzusteigen. Dies ist dringend notwendig, wie die Vermächtnisstudie 2023 von DIE ZEIT, infas und WZB erst kürzlich gezeigt hat. Ein Roll-Back in der Gleichstellungspolitik sei bei Kürzungen unausweichlich: Auch in wohlhabenden Familien werden die Mütter länger zu Hause bleiben.

Die finanzielle Absicherung der Kindergrundsicherung sei zwar nach der aktuellen Debatte erneut vor der Sommerpause noch Thema im Bundeskabinett, aber die Botschaft, die bei Familien ankomme, sei fatal: Familien sind das Rückgrat der Gesellschaft, aber leider haben wir kein Geld für euch. Die ursprünglich geplante, umfängliche Kindergrundsicherung gewährleistet, dass das Kind auch tatsächlich bei den Familien und Kindern ankommt. Abstriche in Milliardenhöhe lassen befürchten, dass nicht mehr viel davon übrigbleiben wird.

Weimann-Sandig abschließend: „Familien hatten auch in Sachsen während der Pandemie unter starken Einschränkungen zu leiden. Physisch und psychisch werden uns diese Auswirkungen noch lange beschäftigen. Deshalb wäre es ein gutes Zeichen von Landes- und Bundespolitik, wenn klar und deutlich gesagt wird: Nein, wir kürzen nicht bei Familien.“

Für Rückfragen steht Ihnen Eva Brackelmann, Geschäftsführerin der eaf Sachsen, telefonisch unter 0177 966 55 57 sehr gerne zur Verfügung.

Hintergrund:

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen-Landesarbeitskreis Sachsen e.V. setzt sich seit 1993 als familienpolitischer Dachverband der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens für Familien auf den Verantwortungsebenen in Politik und Kirche ein. Die Arbeit der eaf Sachsen e.V. soll Familien stärken und eine familiengerechte Gestaltung von Politik, Gesellschaft und Kirche erreichen.